

# Über 50 % der Steuereinnahmen stammen aus dem Finanzplatz

FBPL-Veranstaltung «Finanzplatz Liechtenstein – Wir alle!» macht die Wichtigkeit des Finanzplatzes deutlich

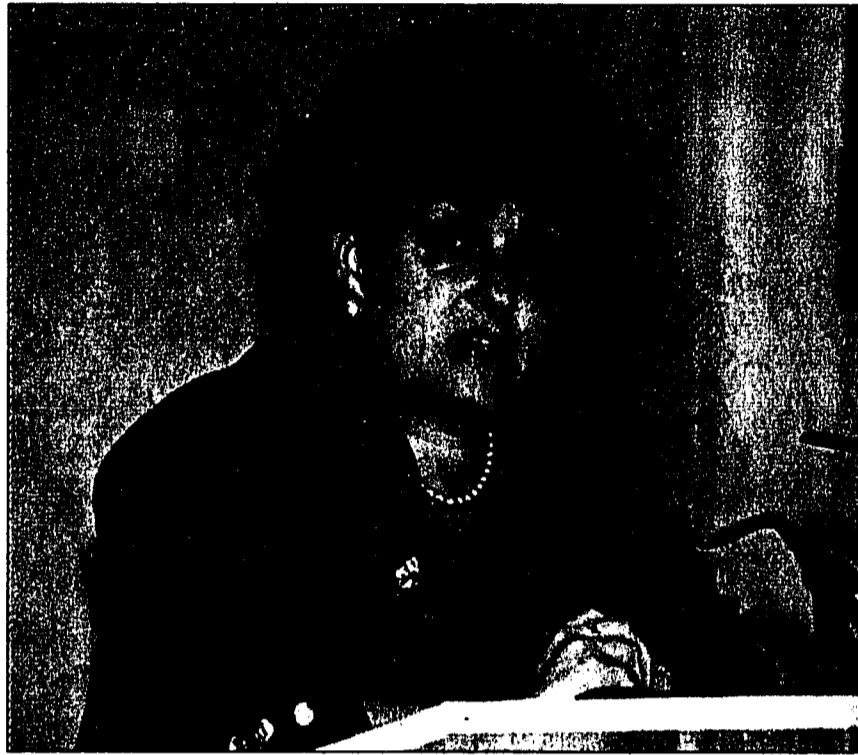
**Der Finanzdienstleistungssektor ist der wichtigste Sektor unseres Landes. Dies machten die Referate von Dr. Hansjörg Marxer, Wirtschaftsprüfer Bernhard Lampert, Alt-Regierungsrätin Cornelia Gassner, Hubert Büchel, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, und FBPL-Parteipräsident Ernst Walch deutlich. Hubert Büchel betonte in seinen Ausführungen: «Über 50 Prozent der Steuereinnahmen stammen aus dem Finanzdienstleistungssektor.»**

Alexander Batliner

Die FBPL-Veranstaltung «Finanzplatz Liechtenstein – Wir alle!» wurde mit dem Referat von Alt-Parteipräsident Hansjörg Marxer eröffnet. Ihm wurde die Aufgabe zuteil, den Finanzplatz Liechtenstein aus der Warte eines Aussenstehenden zu beurteilen. Hierbei appellierte er an die Solidarität. Er führte aus: «Solidarität wird wohl erst dann zu einem Thema, wenn es einem schlecht geht. Unser Solidaritätsdefizit, sei es zu den Ärzten, zu den Treuhändern oder zu den Politikern ist aber die verwundbare Stelle schlechthin, an der unser Staat geschwächt wird: Mangelnde Solidarität verursacht eine Anfälligkeit, auf emotionale Ablenkungsmanöver hereinzufallen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass von aussen her nachhaltig ein massiver Druck auf unser kleines Land aufgebaut wird. Wenn wir nur die geringste Chance, diesem Druck standzuhalten, wahrnehmen wollen, müssen wir im Innern in wichtigen Fragen näher zusammenfinden und gegenseitiges Vertrauen aufbauen.» Des Weiteren machte Hansjörg Marxer auf die Vorteile aufmerksam, welche für alle aus dem Finanzplatz Liechtenstein erwachsen. Er sagte: «Wir sind alle – unabhängig von unserem Beruf – in erheblichem Ausmass an den Gewinnen des Finanzplatzes beteiligt: Der Staatshaushalt wird mit den Einnahmen aus dem Finanzsektor komfortabel genährt, wir haben eine geringe Steuerquote, es gibt Arbeitsplätze, Aufträge für unser Gewerbe, Konsum und so weiter... Wir können also nicht einfach sagen, der Finanzplatz Liechtenstein und die Vorwürfe gegen den Finanzplatz Liechtenstein gingen uns nichts an. Vielmehr müssen wir uns gerade jetzt die Frage stellen, ob und in welchem Ausmass wir weiter zu dem Finanzplatz Liechtenstein stehen.»

## Was geschieht beim Untergang?

Wirtschaftsprüfer Bernhard Lampert ging in seinen Ausführungen unter anderem auf die Frage ein: Was geschieht, falls der Finanzplatz untergeht? Die Folgen bei einem möglichen Untergang



Alt-Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner äusserte sich in ihrem Referat zu den Faktoren, die einen Kunden dazu bewegen, Liechtenstein als Finanzplatz auszuwählen.

sieht er auf vier verschiedenen Ebenen. Zum einen wären «drastische Steuererhöhungen und ein radikaler Abbau der Staatsstellen und der staatlichen Leistungen» zu erwarten, wie Bernhard Lampert ausführte. Zum anderen würde es zu einem Immobilien-Crash kommen, da viele Bürogebäude in Vaduz auf einmal leer stehen würden. Zudem sieht er einen Absturz der Löhne der

heisst: Die wesentlichen Stützen des Finanzplatzes hätten die geringsten Nachteile zu erwarten, da sie im Ausland neue Möglichkeiten erhalten würden. Bernhard Lampert betonte diesbezüglich: «Falls der Finanzplatz untergeht, trifft es vor allem den «normalen Einwohner.»» Des Weiteren sprach er sich für eine verbesserte Kontrolle des Finanzplatzes aus. Diesbezüglich unter-



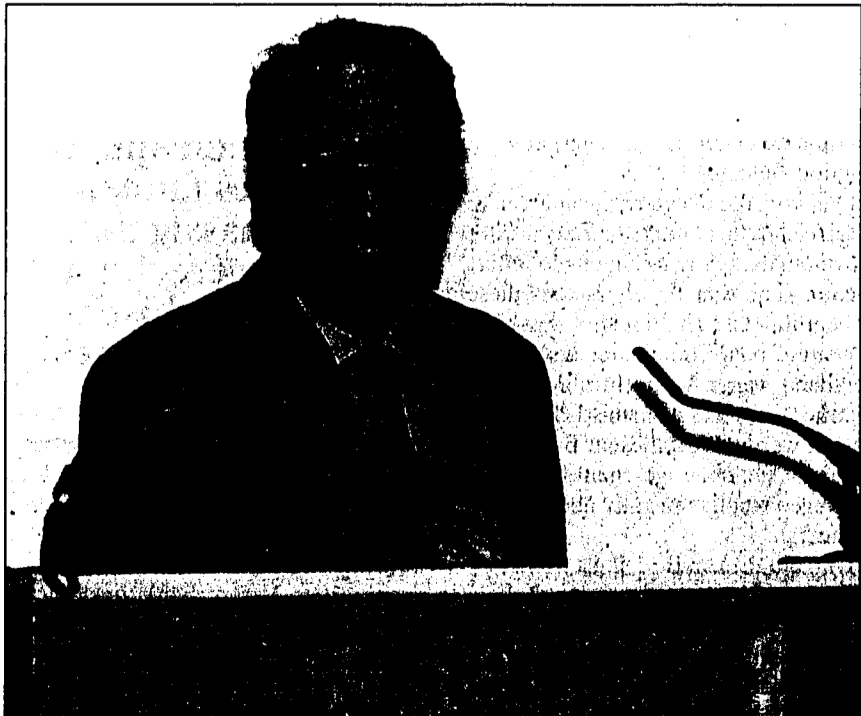
Wirtschaftsprüfer Bernhard Lampert betonte, dass bei einem Untergang des Finanzplatzes drastische Steuererhöhungen die Folge wären.

Angestellten als Folge eines möglichen Unterganges. Als letzten nannte Bernhard Lampert das Szenario, dass die Unternehmer neue Möglichkeiten im Ausland wahrnehmen würden. Das

strich Bernhard Lampert: «Je besser wir demonstrieren, dass wir Kontrolle ausüben, desto stärker sind wir geschützt.» Als weitere Massnahmen sieht Wirtschaftsprüfer Lampert eine klare und gute Promotion im Ausland und ein Lobbying durch befreundete Konzerne.

## Zahlreiche Vorteile

Alt-Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner stellte ihr Referat unter den Titel: «Was macht den Finanzplatz Liechtenstein aus? Welche Faktoren bewegen einen Kunden dazu, Liechtenstein als Finanzplatz auszuwählen?» Hierbei nannte sie neun Vorteile des Finanzplatzes Liechtenstein. Als ersten Punkt ging sie auf das qualifizierte Personal ein. Dieses sei ein grosser Vorteil unseres Finanzplatzes. Im Speziellen erwähnte sie die Treuhänder, die Rechtsanwälte, die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften sowie das Amt für Finanzdienstleistungen. Sie machte darauf aufmerksam, dass bezüglich Treuhänder ein Strafverfahren mit einem Disziplinarverfahren gleichzusetzen sei. In den meisten Fällen sei bei einer Verurteilung ein Verweis als Strafe ausgesprochen worden. Diesbezüglich machte sie die kritische Anmerkung, ob die angewendeten Strafen ausreichend



Hubert Büchel, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, dokumentierte mit Zahlen die Wichtigkeit des Finanzplatzes für die ganze Bevölkerung.

oder ob man diesbezüglich den Hebel ansetzen müsse. Des Weiteren verwies sie auf die Ausbildung für diese Berufe, die qualitativ hoch einzuschätzen sei. Als weiterer Punkt nannte Cornelia Gassner die günstigen rechtlichen Voraussetzungen. Im Speziellen betonte sie das Gesellschaftsrecht, die Steuergesetzgebung und das Bankenrecht mit dem starken Bankgeheimnis. Besonders der Verstoß gegen das Bankgeheimnis sei mit Geldstrafe bis Freiheitsstrafe sanktioniert, was einem starken Bankgeheimnis entgegenkomme. Des Weiteren nannte die ehemalige Regierungsrätin die Punkte funktionierendes

de, führte Hubert Büchel aus. Des Weiteren verglich er die Entwicklung der Banken in den letzten 25 Jahren. Diesbezüglich betonte er, dass die Bankbilanzen in den letzten 25 Jahren um das 16-fache gestiegen seien. Während die Bilanzsumme der Banken im Jahre 1973 gerade mal zwei Milliarden Franken betragen hätte, sei sie im Jahre 1998 auf 31 Milliarden Franken angewachsen. Das gesamte Kundenvermögen betrage heute rund 90 Milliarden Franken. Zudem ging Hubert Büchel auf diejenigen Steuern ein, die jährlich über 100 Millionen Franken in den Staatshaushalt bringen würden.



Alt-Parteipräsident Hansjörg Marxer ging aus der Sichtweise eines Aussenstehenden auf den Finanzplatz Liechtenstein ein. (Bilder: Dietmar Stiplovsek)

Rechtssystem, Anonymität, den Währungsvertrag mit der Schweiz, die günstige geographische und infrastrukturelle Erschliessung unseres Landes sowie die politische-, wirtschaftliche- und soziale Stabilität unseres Landes mit den zahlreichen internationalen Verbindungen als Vorteile für unseren Finanzplatz. Cornelia Gassner verwies auch auf die Nachteile, die sie hauptsächlich in den relativ hohen Kosten gegenüber anderen Off-Shore Plätzen und bei den Verwaltungsrats-honoraren sieht.

## Volkswirtschaftliche Zahlen

Hubert Büchel, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, ging in seinem Referat auf die ausgewiesenen Zahlen seines Amtes zum Finanzplatz ein. Hierbei führte er aus, dass über 50 Prozent der Steuereinnahmen aus dem Finanzdienstleistungssektor stammen. Es sei aber zu einfach gerechnet, wenn man davon ausgehe, dass man die Steuern einfach verdoppeln müsste, falls es den Finanzplatz nicht mehr geben wür-

Hierbei nannte er die Gesellschaftsteuer, die rund 1/3 der ganzen Steuererträge ausmachen würde. Zudem gehöre die Mehrwertsteuer und die Vermögens- und Erwerbssteuer in diese Kategorie.

## Politische momentane Situation

FBPL-Parteipräsident Ernst Walch ging in seinen Ausführungen zum einen auf den Finanzplatz Liechtenstein im internationalen Umfeld und auf die momentane Situation in unserem Land ein (Seiten 4 und 5). Bezüglich Liechtenstein im internationalen Umfeld führte er aus: «Das liechtensteinische Geldwäschereigesetz entspricht übrigens zu 100 Prozent der österreichischen Regelung.» In seinen Ausführungen ging er auf ein Gutachten ein, welches eine liechtensteinische Bank vor kurzem in Auftrag gegeben hat. Das Ergebnis fasste er mit den Worten zusammen: «Nach dem Gesamtergebnis des Gutachtens wird Liechtenstein empfohlen, an der bisherigen Regelung festzuhalten.»



Parteipräsident Ernst Walch führte in seinem Referat aus, dass unser Geldwäschereigesetz zu 100 Prozent der österreichischen Regelung entspreche.